Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

17.12.1886 (No. 297)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. Dezember.

№ 297. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Dezember.

Der neue **französische** Minister des Auswärtigen, Herr Flourens, ist gleich am ersten Tage, an welchem er vor den Kammern erschien, in ein heißes Gefecht gekommen und in der Deputirtenkammer erlitt er bei seinem ersten Auftreten eine Niederlage. Die Veranlassung dazu gab die Angelegenheit der Kündigung des französisch-italienischen Handelsvertrags. Im Senat und in der Deputirtenkammer war der Antrag gestellt, die Kündigung des französisch-italienischen Vertrags zu beschließen, und der Monarchist Blavier verlangte im Senate die Dringlichkeit für den Antrag, wogegen Flourens ausführte, es würde ein Fehler sein, wenn Frankreich die Initiative hinsichtlich der Kündigung ergreife; Italien werde seinerseits den Vertrag kündigen und man dürfe die Empfindlichkeit eines Nachbarlandes nicht ohne Nothwendigkeit kränken. Der Minister sprach unter steigender Unruhe der Rechten, die von früher her Herrn Flourens nicht günstig gesinnt ist; denn in der That war Flourens der Urheber einer Maßregel, welche den Monarchisten de Mun seinerzeit zu dem Ausrufe veranlaßte: „Sie wollen den Krieg? Sie werden ihn haben.“ Doch gelang es Herrn Flourens, welchem der Ministerpräsident Goblet mit seiner Beredtsamkeit zu Hilfe kam, durchzusetzen, daß die Dringlichkeitserklärung für den Antrag abgelehnt wurde. Weniger erfolgreich war der Minister in der Deputirtenkammer, wo Laur eine Interpellation in der Angelegenheit des französisch-italienischen Vertrags einbrachte. Flourens beantragte, die Interpellation auf einen Monat zu vertagen, sein Antrag wurde aber abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin**, 15. Dezember.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung war der Antrag Kayser und Genossen. (Dem § 152 der Gewerbeordnung ist als Absatz 2 einzufügen: „Vereine, welche sich zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen gebildet haben, können sich miteinander verbinden, jeden gewerblichen Arbeiter, gleichviel welchen Alters, aufnehmen, und sind den Vereinsgesetzen nur insoweit unterworfen, als es sich um Anmeldung von Versammlungen handelt. Für allgemeine, die Arbeitsbedingungen berathende Versammlungen gelten die gleichen Vorschriften. Alle entgegenstehenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben.“ Artikel 2: An Stelle des § 153 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen: „§ 153. Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung, durch hinterlegte Kautionen, Androhung von Geldstrafen und dergleichen oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. Einer Verrufserklärung ist es gleich zu achten, wenn Vorstände oder Mitglieder von Verbänden aller Art Listen (sogenannte schwarze) ausgeben, um sich zu verpflichten, bestimmten Personen den Eintritt in die Arbeit zu verweigern oder deren Austritt aus der Arbeit zu veranlassen.“)

Zur Begründung seines Antrages führt Abg. **Kayser** aus, die gegenwärtigen Formen des Koalitionsrechtes seien allen möglichen Gesetzen unterworfen und daraus habe sich allmählich ein gesetzlicher Nothstand entwickelt, der darin besteht, daß Niemand mehr wisse, was eigentlich recht oder unrecht ist. So hänge die Existenz einer Vereinigung nur noch davon ab, ob sie beim Staatsanwalt denunzirt werde oder nicht, und wie die heutigen Verhältnisse liegen, seien ja unsere Richter meist in der Verfassung, daß sie das, was die Polizei ihnen vorwirft, einfach apportiren. Er bitte, den Antrag an eine Kommission zu verweisen. Es komme ihm auch nicht auf Einzelheiten des Gesetzes an, er wolle nur im Allgemeinen den Arbeitern einen Schutz gewähren und eine Rechtsgleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herstellen. Wiederholt sind Fälle vorgekommen, wo eben diese Rechtsgleichheit nicht stattgefunden hat.

Der Bundesbevollmächtigte für Sachsen, Generalstaatsanwalt **Held**, betonte, die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung garantirten die Freiheit der Koalition und wollen zu gleicher Zeit auch dem Mißbrauch des Koalitionsrechts entgegentreten, der sich darin zeigt, daß die Koalirten einen Druck gegen Andere ausüben, um sie entweder zum formellen Beitritt oder zu materiellen Förderungen ihrer Koalition zu veranlassen. Gegen die Nöthigung zum Beitritt zu einer Koalition wird eine Strafe angedroht.

Abg. **Ackermann** bekämpfte vom Standpunkt der Sittlichkeit die Anträge Kayser, er anerkennt die Arbeiterbewegung an und für sich als berechtigt, verwirft jedoch ihre Ausschreitungen, denen scharf entgegengetreten werden müsse.

Abg. **Schrader** wirft dem Vorredner vor, die Zwangsgewalt des Staats und die Macht der Arbeitgeber vermehren zu wollen. Die Koalitionsfreiheit sei eine nothwendige Voraussetzung, so lange die Arbeiter auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ständen. Redner tritt für eine Verbesserung des § 153 der Gewerbeordnung ein, rügt den Erlaß von „schwarzen Listen“ und wünscht, daß die seiner Partei am nächsten stehenden Gewerkvereine und Fachvereine ein leichteres Leben führen könnten. Schließlich befürwortet er die Verweisung der Anträge an eine besondere Kommission.

Struckmann bezweifelt, ob der Antragsteller mit dem ersten Antrage die Vortheile der Gesetzgebung lediglich zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen gebildeten Vereinen zu gute kommen lassen wolle, und behauptet, daß ein großer Theil dessen, was von Kayser vergeblich erstrebt werde, schon erreicht, also dieser Antrag überflüssig sei. Bei Gelegenheit der Gewerbeordnung könne nicht das Vereins- und Versammlungsrecht geregelt werden. Privilegien zu Gunsten bestimmter Vereine dürften nicht geschaffen werden. Er konstatirte, daß ein schwerer Einschnitt in die Koalitionsfreiheit gemacht werde, wenn man den Arbeitgebern die Möglichkeit benähme, sich gegen widerwillige Arbeiter zu schützen, wenngleich er es ablehnt, sich zum Vertheidiger der „Schwarzen Listen“ aufzuwerfen. Namens der nationalliberalen Partei erklärte er sich für Kommissionsberathung, in der die bessernde Hand an die Angelegenheit gelegt werden könne.

Dr. **Lieber** (Zentrum) gibt der Genugthuung Ausdruck, beim Schutze der Koalitionsfreiheit an der nationalliberalen Partei einen Bundesgenossen gefunden zu haben, und legt mit seiner Partei hohen Werth darauf, die Gewerbeordnung gegen die bisherigen Auslegungen sicherer zu schützen. Wenn die Koalitionsfreiheit nicht gesichert werde, würden die der Sozialdemokratie fernstehenden Arbeiter der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden.

In seinem Schlußwort konstatirte **Kayser**, daß die sämmtlichen Parteien mit Ausnahme der Konservativen sich im Prinzip zustimmend zu seinem Antrage verhalten hätten. Der Antrag wurde hierauf mit großer Mehrheit an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Sodann vertagte sich das Haus auf Freitag 2 Uhr.

Deutschland.

* **Berlin**, 15. Dez. Seine Majestät der **Kaiser** nahm heute Vormittag den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher entgegen, konferirte dann mit dem Chef des Civilkabinets, Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, und empfing später mit Ihrer Majestät der **Kaiserin** den General v. Seebeck aus Koblenz. Die Kaiserin empfängt heute Nachmittag den japanischen Gesandten.

— Das Gesuch der **Neuguinea-Kompagnie** um Ertheilung eines kaiserlichen Schutzbriefes für den Theil der Salomonsinseln, welcher in dem Vertrage zwischen Deutschland und England vom 6. April 1885 dem Deutschen Reiche zugesprochen worden ist, ist von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigt worden.

— Der **Bundesrath** wird morgen seine übliche Wochen-Plenarsitzung abhalten. Der „Post“ zufolge dürften in derselben Gegenstände von Belang nicht zur Berathung gelangen, während dem „Frankf. Journal“ die Nachricht zugeht, daß auf der Tagesordnung ein Antrag auf Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Frankfurt a. M. stehe.

— Die zweite Lesung über die **Unfallversicherung der Seeleute** in den zustehenden Ausschüssen des Bundesraths hat begonnen; es liegen derselben dem Vernehmen nach sehr umfassende Anträge der Subkommission zu Grunde, so daß auch die zweite Lesung noch erhebliche Zeit beanspruchen dürfte.

— In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der **Reichstag** am Freitag die letzte Plenarsitzung im alten Jahre abhalten wird. Am morgigen Tage findet keine Sitzung statt, um der Kommission für die Militärvorlage Zeit zu geben, die erste Lesung des Gesetzentwurfs zu Ende zu führen. Am Freitag soll dann die Kommission die zweite Lesung vornehmen, so daß der schriftliche Bericht während der Weihnachtsferien festgestellt werden könnte.

— Die **Reichstags-Kommission für die Militärvorlage** ist auch heute noch nicht zu Abstimmungen gekommen, hat aber die Berathung über die Voraussetzungen des § 2 beendet und für morgen 11 Uhr die Berathung des Paragraphen selber und die Abstimmungen dafür festgesetzt. Der Abg. Windthorst gab für die Stunde 11 Uhr ausdrücklich den Grund an, daß die Fraktionen sich jetzt für die Abstimmungen berathen und schlüssig machen müßten. Ueber die heutige Sitzung der Kommission berichtet die „Köln. Ztg.“ Folgendes:

An der vorhergehenden Erörterung über die Infanterieverstärkung betheiligten sich außer den Abgeordneten Richter und Rickert und den Vertretern der Kriegsverwaltung nur Hobrecht und Buhl. Auf die Anfrage des Ersstern bezüglich der nothwendig einzuziehenden Dispositionsurlauber im Uebergangsstadium gab der Kriegsminister eine sehr entgegenkommende Erklärung ab. (Ueber diesen speziellen Punkt der Debatte berichtet das Wolff'sche Bureau etwas ausführlicher: Der Abg. Hobrecht frug, ob es nöthig sei, auch für diejenigen Bataillone, die nicht neu gebildet, sondern nur verstärkt werden sollen, die Dispositionsurlauber einzuberufen. Der Kriegsminister erklärte die Frage für beachtenswerth, darüber ließe sich verhandeln; die Regierung sei nicht abgeneigt, in diesem Punkte nachzugeben und von der Einziehung der Dispositionsurlauber zur Verstärkung schon bestehender Bataillone abzusehen.) Gegenüber den deutsch-freisinnigen Rednern hatte der Kriegsminister wiederholt auf den eigentlichen Ausgangspunkt der vorgeschlagenen Verstärkungsreformen zurückzuverweisen, daß die Vermehrung der Kriegsmacht anderer Staaten unsere Mehrrüstung nothwendig mache. Der Abgeordnete Richter wandte sich heute weniger gegen die neu zu bildenden Regimenter als gegen die neu vorgeschlagenen Einzelbataillone und die beiden größeren und kleineren Etatsverstärkungen. Besondere Aufmerksamkeit widmete er den Regimentsmusiken, die auf den Militäretat gebracht werden sollen und von deren Vermehrung er später ein Civilmusikantenproletariat befürchtete. Ausführlich wurde dann die auch wenn nicht gesetzliche, so doch praktische zweijährige Dienstzeit als Ersatz gefordert. Andere Einwendungen machten Antworten vertraulicher Natur nothwendig. Aus der Erwiderung des Kriegsministers ist hervorzuheben, daß die Nichtregimentirung der Einzelbataillone auf den Gedanken zurückzuführen ist, die Rückbildung der Armeeverstärkung in ruhigern Zeiten zunächst bei den im Etat verstärkten alten Bataillonen und dann mit den neuen Bataillonen eintreten zu lassen. Die Bedenken des Abg. Richter wurden vom Kriegsminister als nicht stichhaltig dargestellt. Der Abg. Rickert behauptete, daß der Kriegsminister von Roon im Jahre 1862 die zweijährige Dienstzeit für zulässig erklärt habe, was der Kriegsminister als ein Mißverständniß nachwies. Roon sei stets ein Gegner der zweijährigen Dienstzeit gewesen, seine angezogene Aeußerung sei nur darauf gegangen, daß für die damals schwebende Reorganisation, deren Hauptgrundzüge die Vermehrung der Regimentscadres auf die Doppelzahl und die Zurückstellung der Landwehr gewesen sei, jene Frage nicht entscheidend sei. Eine andere Richter'sche Kompensationsforderung, die Einrechnung der Einjährig-Freiwilligen nach dem Vorgang früherer Jahre, wo höchstens fünf Mann auf die Kompagnie mitgezählt wurden, wies der Kriegsminister als wirkungslos nach. Eingehend wurde auch noch die richtige Behandlung und die Tragweite des Vorschlags auf Wegfall der Rekrutenvakanz bei der Kavallerie besprochen, worüber der Kriegsminister sehr loyale Erklärungen gab, und schließlich, wie erwähnt, die bezüglich der Dispositionsurlauber und Rekruten so wichtige Uebergangszeit in ihren Einzelheiten besprochen. Auf eine Anfrage Richter's, ob zum 1. April für die neuen Formationen die Einziehung von Reserveoffizieren nöthig werde, wurde mit Nein beantwortet.

⊿ **Stuttgart**, 16. Dez. Die **Kammer der Abgeordneten** hat in der gestrigen Abendsitzung den evangelischen Kirchengesetzentwurf mit 69 gegen 18 Stimmen in der Endabstimmung **angenommen**. Mit Nein stimmten die protestantischen Demokraten, der Abg. Sachs von der deutschen Partei und der (kath.) ritterschaftliche Abg. Edmund v. Ow. Die Katholiken stimmten im Uebrigen für das Gesetz. Heute ist die Kammer bereits in die Berathung des katholischen Entwurfs eingetreten und hat denselben in einer einzigen Sitzung durchberathen. Abänderungen wurden fast nur solche vorgenommen, welche die Konsequenz der zu dem analogen evangelischen Entwurf gefaßten Beschlüsse erforderte. Die übrigen Abänderungen sind unwesentlicher Natur. Die rasche Erledigung erklärt sich einmal daraus, daß die katholischen Abgeordneten sich sachlicher Abänderungsanträge enthielten, da dem Entwurf zuvor schon vom Landesbischof das Einverständniß ertheilt war, sodann daraus, daß alle streitigen Fragen, welche für die protestantischen Mitglieder mit in Betracht kommen mußten, durch die Vorberathung des evangelischen Entwurfs erledigt waren. Ein Versuch der Abgg. Edmund v. **Ow** und **Baur**, einen sachlichen Abänderungsantrag durchzubringen, scheiterte gänzlich; nachdem eine Stunde darüber debattirt war, zogen die Antragsteller vor, den Antrag zurückzuziehen. — Des Weiteren wurde in der gestrigen Sitzung der Rechenschaftsbericht des ständischen Ausschusses über seine Amtsthätigkeit während der Vertagung der Stände berathen und genehmigt. Wir entnehmen dem Bericht als interessante Daten, daß der Stand der württembergischen **Staatsschuld** 421,399,886 M. beträgt. Davon sind noch zu 5 Proz. verzinst 450,342 M., zu $4^1/_2$ Proz. 80,260,728 M., zu 4 Proz. 325,677,928 M. und zu $3^1/_2$ Proz. 15,010,886 M. — Eingegangen ist bei der Kammer ein neues Anleihegesetz für Eisenbahnbauten und außerordentliche Ausgaben im Eisenbahnwesen pro 1887/89. Es handelt sich um die vollständige Herstellung der Bahnen Bietigheim—Hessenthal, Heilbronn—Eppingen und Freudenstadt—Schiltach, ferner für die lokale Zweigbahn Schramberg—Schiltach. Für diese sämmtlichen Bahnbauten werden für die genannte Finanzperiode 1 Million Mark exigirt; für Erweiterungen und Verbesserungen an bestehenden Bahnen und für Vermehrung des Betriebsmaterials werden 1,760,000 M. verlangt. Es soll daher ein Staatsanlehen bis zum Betrag von 2,760,000 M. unter möglichst günstigen Bedingungen aufgenommen werden. — Zum Präsidenten des Landgerichts Stuttgart ist der frühere Direktor bei diesem Landgericht, der erst vor kurzem zum Oberstaatsanwalt ernannt worden war, **Firnhaber**, zum Oberstaatsanwalt der gegenwärtige Direktor beim Landgericht, **Milz**, früher in Heilbronn, ernannt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Dez. Das „Fremdenblatt“ meldet (wesentlich in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Berliner „Post“): Prinz Reuß legte gestern dem **bulgarischen** Delegirten Stoilow dar, daß die anfänglichen Schwierigkeiten eines Empfangs der Deputation in Berlin beseitigt seien. Man hatte geglaubt, die Deputation wünsche einen offiziellen Empfang, welcher unmöglich gewesen wäre, weil Bulgarien kein souveräner Staat sei. Nachdem die deutsche Regierung aber benachrichtigt worden, die Deputation wünsche ebenso wie in Wien empfangen zu werden, erklärte sie, dem Besuche derselben bei dem Aeußeren Amte in Berlin stehe nichts entgegen. Die Delegirten reisen daher heute oder morgen nach Berlin ab. — Schönerer kündigte im **Reichsrath** einen Antrag gegen die Einwanderung der Israeliten an. — Im böhmischen **Land-**

tage beantragte Plener, die Sprachenverordnung von 1880 und den jüngsten Justizerlaß aufzuheben. — Die „Presse“ meldet, daß der rumänische Minister Sturdza, der mit der Einleitung von Vertragsverhandlungen betraut ist, am 17. d. in Pest und am 18. in Wien eintrifft, ferner daß die ungarische Regierungsnote, durch welche Oesterreich das ungarische Zoll- und Handelsbündniß gekündigt wird, schon am 19. November hier anlangte, jedoch bis heute geheim blieb. Diese Note bedeutet keine neue Phase in den Verhandlungen, sondern ist eine selbstverständliche Formsache.

Belgien.

Brüssel, 15. Dez. In der heutigen Sitzung aller Ausschüsse für eine internationale wissenschaftliche und industrielle Ausstellung, welche für 1888 in Brüssel projektirt ist, erklärte der Handelsminister, die Regierung wolle das Patronat über die Ausstellung übernehmen.

Schweiz.

Bern, 16. Dez. (Tel.) Der Nationalrath ermächtigte den Bundesrath, das für 1888 und 1889 vorgesehene neue Kriegsmaterial schon 1887 anzuschaffen, in der Erwartung, daß der Bundesrath Alles rechtzeitig vorbereite, was zur Wahrung der Integrität und der Unabhängigkeit der Schweiz bei kriegerischen Verwicklungen der Nachbarstaaten erforderlich sei.

Italien.

Bologna, 15. Dez. Die Leiche Minghetti's traf gestern Vormittag hier ein und wurde Nachmittags unter zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung bestattet.

Großbritannien.

London, 15. Dez. Stanley wird am 22. Dezember hier erwartet; derselbe wird die Organisation einer Expedition zur Unterstützung Emin Bey's übernehmen. — Dem Vernehmen nach wird Oberst Turner, der Sekretär des neuen Unterstaatssekretärs für Irland, Generals Sir Redvers Buller, dessen Nachfolger im Kreise Kerry zur Unterdrückung des Mondscheinlerwesens werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Dez. „Berlingske Tidende“ bezeichnet die Nachrichten auswärtiger Zeitungen über die Vermehrung der Armee und Befestigungsanlagen durch Unterstützung fremder Mächte als völlig unbegründet. Die beantragten Befestigungen erforderten nicht 90 bis 150 Millionen, sondern 29 Millionen Kronen; für die Durchführung seien 5—7 Jahre in Aussicht genommen, es könnte dieses Vorgehen folglich nicht als Kriegsrüstung bezeichnet werden.

Rußland.

St. Petersburg, 15. Dez. In dem bereits signalisirten Communiqué des „Regierungsanzeigers“ wird darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Bulgarien, welche im russischen Publikum und in der Presse eine durchaus begreifliche Erregung hervorgerufen haben, als Beweggrund zu der Besprechung der politischen Beziehungen der europäischen Mächte zu Rußland durch die russischen Zeitungen gedient hätten. Sich nicht darauf beschränkend, allgemein bekannte, keinem Zweifel unterliegende Thatsachen abzuschätzen, hätten mehrere Zeitungen behufs Aufklärung der gedachten Beziehungen zu Muthmaßungen und Voraussetzungen gegriffen. Deshalb weichen die auf so schwankendem Boden basirten Raisonnements nicht nur von der Unparteilichkeit ab, ohne welche ein einigermaßen richtiges Begreifen politischer Fragen undenkbar sei, sondern sie seien zuweilen in ausdrücklichen Widerspruch mit der Wirklichkeit gerathen. Durch einen solchen Charakter zeichneten sich einige jüngst erschienene Artikel aus, welche der deutschen Politik gewidmet waren und worin dem russischen Publikum beigebracht wird, daß Rußland die Schwierigkeiten, welche eine befriedigende Lösung der bulgarischen Frage hinderten, vornehmlich dem geheimen Widerstande Deutschlands verdanke, welches als gefährlicher Feind Rußlands dargestellt wurde und Uebles gegen die Würde und Sicherheit Rußlands sinne. Man könne nicht umhin, solche Ausschreitungen zu bedauern. Mit Deutschland als unmittelbarem Nachbar sei Rußland durch zahlreiche vitale Interessen verknüpft, dank welchen die Beziehungen beider Mächte von jeher konsolidirt und schon mehrfach erprobt seien. Solche Beziehungen seien gleicherweise für die Wohlfahrt beider Länder wichtig, was auch von ihren Regierungen anerkannt werde. Man könne nicht umhin, zu wünschen, daß diese Beziehungen lange Jahre fortdauerten. Indem die kaiserliche Regierung fest beabsichtige, wie früher, speziell den deutschen Interessen gegenüber sich mit gebührender Rücksicht zu verhalten, habe sie vollen Grund, versichert zu sein, daß auch Deutschland seinerseits fortfahre, sich aller Aktionen zu enthalten, welche die Würde und die Interessen Rußlands berühren könnten, die durch Rußlands historische Beziehungen zu seinen östlichen Glaubensgenossen entstanden seien, und daß der Einfluß Deutschlands lediglich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sei, dessen Europa bedürfe, und der gleicherweise Gegenstand der lebhaftesten Wünsche des Zaren und des Volkes sei. Je verwickelter und mißlicher die politischen Umstände seien, desto größere Vorsicht und Kaltblütigkeit sei bei der Schätzung geboten, umsoweniger könne man folglich die Ueberstürzung, den Eigendünkel und die Raisonnements rechtfertigen, welche durch die Preßorgane an den Tag gelegt würden, deren Stimme durchaus nicht bedeutungslos in den internationalen Beziehungen sei. — Einem Telegramm aus Merw zufolge wurde am 12. d. die Vollendung der Transkaspischen Eisenbahn bis Charbjui daselbst in Gegenwart der Spitzen der russischen und bucharischen Behörden gefeiert.

— Aus Centralasien gehen dem Petersburger „Sswjet“ einige interessante Nachrichten zu. Es handelt sich um die Ereignisse in dem bisher noch wenig bekannten Khanat Kunshut. Das kleine Territorium dieses Khanats liegt theils an den nördlichen, theils an den südlichen Abhängen des Hindukusch, am Oberlauf des Kunshut, eines Zuflusses des Indus, dessen linkes Ufer dem Khan von Nagar, einem Vasallen des Maharadsha von Kaschmir, gehört, also in der Mitte zwischen Kaschgar und dem englischen Kaschmir. Für Rußland hat das Khanat insofern eine Bedeutung, als es an dem geradesten und bequemsten Wege aus den russischen Besitzungen nach der Hauptstadt von Kaschmir, Srinagar, liegt. Dem „Sswjet“ wird nun aus Kaschgar geschrieben, daß der Beherrscher von Kunshut, Ghasan Khan, auf Anstiftung seines Sohnes Ssaudar Khan von einem ihm nahestehenden Manne ermordet ist, weil er zwei Engländern, die sich aus Indien über Kaschmir und Kunshut nach dem Pamir aufgemacht hatten, dazu verhalf, sein Land ungehindert zu passiren. In Folge der Beziehungen, die Ghasan Khan zu den Engländern unterhielt, hatte sich schon seit längerer Zeit in Kunshut eine Partei Unzufriedener zusammengethan, an deren Spitze Ssaudar Khan, ein erbitterter Feind der Engländer, stand. Nach der Ermordung seines Vaters nahm Ssaudar Khan die Regierungsgewalt in seine Hand. Man erwartet einen allgemeinen Aufstand und verzweifelte Gegenwehr, falls die Engländer mit Hilfe ihrer Vasallen in Kaschmir zu irgend welchen Repressalien greifen sollten. Die chinesischen Behörden in Kaschgar befinden sich in der größten Bestürzung und haben noch nichts gethan. Ihre dortige Streitmacht sei eine so geringe, daß sie nicht das kleinste Detachement entsenden können, um Ordnung zu schaffen, während sie es anderseits für gefährlich halten, Alles ungestraft seinen Weg gehen zu lassen, da die dortige Bevölkerung darin leicht einen Beweis für die Ohnmacht China's erblicken könne und China dann sein Prestige, an dem ihm sehr viel gelegen sei, gänzlich verlieren würde.

Serbien.

Belgrad, 15. Dez. Der König ist gestern Abend aus Nisch hierher zurückgekehrt.

Griechenland.

Athen, 14. Dez. Ueber die Festlichkeiten zur Feier der Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen wird dem Reuter'schen Bureau von hier gemeldet: „Der Hauptpunkt des gestrigen Programms war der Galabesuch der königlichen Familie in der Kathedrale. König Georg, der Kronprinz und Prinz Nikolaus ritten durch die mit einer enthusiastischen Volksmenge gefüllten Straßen und hinter ihnen kamen in einer prachtvollen, für diese Gelegenheit zum erstenmale gebrauchten Equipage die Königin Olga und ihre älteste Tochter, Prinzessin Alexandra, in griechische Nationaltracht gekleidet. Die Kathedrale selbst war bis zum Erdrücken voll. Nachdem ein Tedeum gesungen worden, leistete der Kronprinz den militärischen Eid. Nach der Zeremonie wurden drei Hurrahs auf den König und Prinz Konstantin ausgebracht, in welche die außerhalb befindliche Volksmenge mit einstimmte. Die Bürgermeister von 350 griechischen Städten und die Vertreter zahlreicher griechischer Kolonien im Auslande waren in der Kathedrale zugegen. Abends fand im Palast ein großes Ballfest statt, zu welchem über 2000 Einladungen ergangen sind.“

— Der „Polit. Korresp.“ wird von hier geschrieben: „Obgleich schon einige Zeit seit der Publikation der Kammerauflösung verstrichen ist und die Parteien in Folge dieser seit langem angekündigten und allseits bestimmt erwarteten Maßregel schon seit geraumer Zeit ihre Vorbereitungen getroffen haben, will die Wahlbewegung eigentlich noch nirgends im Lande in Fluß kommen. Wohl füllen die Blätter ihre Spalten mit allerlei Kandidatenlisten, aber positive Kandidaturen sind noch nirgends festgestellt. Am weitesten vorgeschritten scheinen noch die Anhänger der Regierungspartei mit ihren Vorarbeiten zu sein. Die Opposition thut inzwischen das Menschenmögliche, um die Partei Trikupis beim Volke zu diskreditiren. Die einen greifen die Finanzpolitik der Regierung an, die anderen bekämpfen die Wahlordnung und bezeichnen sie als eine absichtliche Eskamotirung althergebrachter, eingelebter Volksrechte, deren Wiederherstellung die Parole bei den bevorstehenden Wahlen sein müsse; wieder andere beschuldigen die Regierung, daß sie in ungesetzlicher Weise die Wähler beeinflussen wolle, und charakterisiren die anläßlich der Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers erfolgte Berufung der sämmtlichen Bürgermeister des Landes als eine solche gesetzwidrige Handlung der Regierung, von der sie behaupten, daß sie nur die Beeinflussung der Bürgermeister und damit der öffentlichen Meinung zum Zwecke habe. Wieder andere endlich zeihen die Regierung Trikupis der Unbeständigkeit, indem sie der letzten Kammer einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Eparchen-(Souspräfekten-)Stellen vorgelegt habe und nun zur Besetzung aller vakanten Eparchenposten schreite. Sie bedenken dabei nicht, daß gerade diese Besetzung eine vollkommen legale ist, da die Kammer doch jenen Gesetzentwurf, der eine Folge der neugeschaffenen Wahlordnung war, wie so manche andere dringliche Arbeiten unerledigt in den Kommissionszimmern begraben hielt. Die Regierung verdient deßhalb eher Lob als Tadel, zumal die neue Wahlordnung noch lange nicht in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen ist, und die Eparchen sonach bei den nächsten Wahlen noch vielfach aufklärend zu wirken berufen sind. Die Regierung würde auch, selbst wenn jenes Gesetz durchberathen und sanktionirt worden wäre, mit der Durchführung desselben bis nach den Wahlen gewartet haben. Zum Glück indessen für das Land kümmern sich die breiten Schichten der Wähler blutwenig um diese Hetzereien der oppositionellen Presse und vertrauen Trikupis, denn sie wissen nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre nur zu gut, wessen sie sich bei einer Wiederkehr Delyannis' zu versehen haben.

Egypten.

Kairo, 15. Dez. Detaillirte Vorschläge wegen der bevorstehenden Reduktion der Okkupationsarmee sind nach London gesandt, um der Regierung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt zu werden. Es wird darin vorgeschlagen, nur eine geringe Streitmacht im Süden Kairos zu belassen, fünf Bataillone würden angesichts der verhältnißmäßig geringen Entfernung von Cypern und Malta für genügend erachtet, jeder Eventualität zu begegnen.

Asien.

Kalkutta, 12. Dez. Die in Lahore erscheinende „Civil and Military Gazette“ hat Einzelheiten über den jüngsten Aufstand der Ghilzais erhalten, die zu zeigen scheinen, daß die Erhebung in Bezug auf thatsächliche Kämpfe weniger ernst, aber in ihren möglichen Folgen ernster war, als man aus früheren Berichten entnehmen konnte. Der Aufstand wurde in einem sehr zeitigen Stadium unterdrückt, und zwar nicht durch harten Kampf, sondern durch ein verrätherisches Massacre. Gholam Hyder, der General des Emirs, hatte auf den Koran geschworen, daß er sich nach Ghasni nur begebe, um den Beschwerden der Andaris abzuhelfen. Nachdem er auf diese Weise einen ungehinderten Durchmarsch erreicht hatte, griff er eine kleine Abtheilung des Stammes an, tödtete viele und es gelang ihm, sämmtliche gefährliche Führer zu beseitigen. Das Blatt sagt im Weiteren, daß der Sohn Muskhi Alams und andere Führer nach Tirwa entkamen, wo sie jetzt eine allgemeine Rebellion zu organisiren versuchen, sowie daß die Ghilzais höchst aufgeregt sind und geschworen haben, den Emir zu stürzen.

Amerika.

Boston, 15. Dez. Bei der Wahl eines Bürgermeisters von Boston wurde der Kandidat der demokratischen Partei gewählt.

Zeitungsstimmen.

Ueber die **bisherigen Verhandlungen der Militärkommission** bemerkt die „Kreuz-Zeitung“, daß dieselben einen womöglich noch weniger erhebenden Eindruck gemacht haben als die des Reichstagsplenums selbst. „Dieselben können,“ sagt das konservative Blatt, „das Ausland nur in der Ueberzeugung bestärken, daß es nicht mit Unrecht auf die philisterhafte Krittelsucht rechnet, die bei uns jeden imponirenden Aufschwung der nationalen Empfindung bis zum letzten Augenblick unmöglich macht. Wir wissen, daß diese Rechnung falsch ist; darin aber irren die Fremden nicht, daß wir uns selbst um die Vortheile bringen, die sich aus einer großen Auffassung der Lage, d. h. einer solchen, die das an sich Gebotene im geeignetsten Zeitpunkte thun lehrt, unzweifelhaft erwachsen würden. Hätte sich der Reichstag entschließen können, die Militärvorlage von vornherein so zu behandeln, daß an der einmüthigen Annahme kein Zweifel blieb, so würde das für die Entwicklung der internationalen Beziehungen von der größten Bedeutung gewesen sein; wir hätten eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens gewonnen, die uns heute fehlt. Ja mehr noch: ohne im mindesten zu übertreiben, darf man sagen, daß die laue, matte und widerwillige Art, wie die oppositionelle Mehrheit des Hauses die große Frage der Sicherheit und Ehre der Nation auffaßt, dazu beigetragen hat, die bisher noch vorhandenen friedlichen Momente abzuschwächen, der Vermittlerrolle unserer Politik einen Theil ihres Nimbus zu rauben und so gerade das zu begünstigen, was man vermeiden möchte, d. h. einen Stand der Dinge, der in Zukunft zu unverhältnißmäßig größeren Opfern zwingen wird, als die, welche man jetzt von uns verlangt. In der That kann der Umstand, daß man die Militärverwaltung zu vertraulichen Mittheilungen über die eigenen, wie über fremde Heeresverhältnisse nöthigt, die dann in nichts weniger als diskreter Weise in die Oeffentlichkeit gebracht werden, nicht anders wirken, noch vermag es das unausgesetzte Verlangen nach diplomatischen „Aufklärungen“, von denen man sich bei einigem Nachdenken oder bei ein klein wenig gutem Willen sagen sollte, daß sie nicht gegeben werden können.“

Die „Hamburger Nachrichten“ fragen: „Haben sich die Herren, welche jetzt in der Militärkommission den Versuch machen, die Vorlage zu Falle zu bringen, auch hinreichend überlegt, welche ungeheuere Belastung sie trifft, wenn es durch ihre Schuld nicht gelingen sollte, mittelst einer schnellen, vom einmüthigsten patriotischen Opfermuth getragenen Bewilligung der Militärvorlage dem Auslande die Kriegslust zu benehmen und ihm die Ueberzeugung einzuflößen, daß trotz aller inneren Gegensätze das deutsche Volk einig und stark wie ein Mann dasteht, sobald es der Erhaltung und Vervollkommnung der wichtigsten Garantie seiner nationalen Wohlfahrt und Sicherheit, der Armee gilt? Haben sie bedacht, daß es trotz aller berechtigten Zuversicht Deutschlands auf den Sieg doch auch anders kommen und zu dem Verlust an Menschenleben auch noch der materielle Ruin hinzutreten könnte. . . . Man sieht, die Summe von Gründen, welche die freisinnig-klerikale Mehrheit nach menschlichem Ermessen veranlassen sollten, ihren Widerstand gegen die Vorlage aufzugeben, ist so groß, daß ein ernstlicher Widerstand gegen die Vorlage eigentlich kaum denkbar erscheint. Wir rechnen auch nach wie vor darauf, daß, wenn nicht früher, so doch in letzter Stunde die Vorlage bewilligt wird. Sollten aber wider Erwarten die Dinge in der Militärkommission einen Verlauf nehmen, welcher die Erfüllung dieser Erwartung unwahrscheinlich erscheinen ließe, so wird es Sache des deutschen Volkes sein, sich vor Schaden zu bewahren, so lange es noch Zeit ist, d. h. durch überall zu veranstaltende Wählerversammlungen auf ihre Abgeordneten im Sinne der Annahme der Vorlage einzuwirken. Wenn auch nicht rechtlich, so doch moralisch und politisch sind die Abgeordneten verpflichtet, ihnen derart kundgegebenen Wünschen der Wähler zu entsprechen. Jedenfalls hat das deutsche Volk alsdann seine Pflicht in vollem Umfange erfüllt, die Verantwortlichkeit für eine trotzdem erfolgende Ablehnung der Vorlage würde lediglich den Abgeordneten zufallen und letzteren im Falle einer Auflösung und Neuwahl des Reichstags die volle Wucht dieser Verantwortlichkeit zu fühlen geben.“

Aehnliches legt die „Berliner Börsen-Zeitung“ nahe, wenn sie sagt: „Das Volk wird einsehen, daß es in so gefahrdrohenden Zeiten, wie die jetzigen, keine höheren Aufgaben und Rücksichten geben kann, als die Sicherheit des Vaterlandes mit Anspannung aller Kraft nach Möglichkeit festzustellen. Gegen diese einfache Pflicht können an und für sich noch so berechtigte finanzielle Bedenken ebenso wenig aufkommen, wie die Rücksichten eines auf die Spitze getriebenen Budgetrechts. Gegen die ungeheueren Opfer nicht nur an nationalen Gütern, sondern auch rein wirthschaftlicher Natur, die uns im Falle eines unglücklichen Krieges auferlegt würden, können die Leistungen, die uns jetzt zugemuthet werden, gar nicht in Betracht kommen. Täuschen wir uns nicht, so nimmt diese Ueberzeugung mit jedem Tag im Volke mehr überhand, und die Wahrnehmung dieser Stimmung wird auch auf manche Abgeordnete, die jetzt noch im Bann des Richter'schen Militärhasses und der Windthorst'schen Welfeninteressen stehen, den Eindruck nicht verfehlen. Die Wähler dürfen es nur an eindringlichen Zureden nicht fehlen lassen. Dazu ist die Zwischenpause in der parlamentarischen Arbeit sehr geeignet. Die Verschleppungstaktik könnte auf diese Weise leicht Früchte hervorbringen, die ihren Urhebern durchaus nicht erwünscht sind.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Dezember.

Heute Vormittag empfing der Großherzog den Geheimerath Ellstätter zu längerem Vortrag.

Nachmittags 3 Uhr begaben Sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nach Baden-Baden zum Besuch Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Marie von Baden, Herzogin von Hamilton, der Fürstlich Hohenzollern'schen Herrschaften und Ihrer Königlichen Hoheit der Gräfin von Trani und kehrten am Abend wieder hierher zurück.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Besitzer der Apotheke „zur Meise", Apotheker Jakob Greiner in Straßburg im Elsaß, auf Ansuchen das Prädikat „Großherzoglich Badischer Hof-Apotheker" zu verleihen.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaufmann Julius Mayer zu Heidelberg, Inhaber eines Konfektionsgeschäftes daselbst, auf Ansuchen das Prädikat „Hoflieferant Ihrer Königlichen Hoheit" zu verleihen.

---

* (Das „Verordnungsblatt der Zolldirektion") Nr. 17 enthält Bekanntmachungen, betreffend die im deutschen Zollgebiet bestehenden Zoll- und Steuerstellen, die Abfertigungsbefugnisse der Steuereinnehmerei Rauenberg, das Ergebniß der im Oktober d. J. stattgehabten Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst, eine Verordnung des Ministeriums der Finanzen vom 20. November d. J. über die Ausbildung der Finanzpraktikanten und eine Bekanntmachung bezüglich der Ernennung von Finanzgehilfen.

* (Das Centralkomité des Badischen Frauenvereins und der Gesammtvorstand des Badischen Landes-Hilfsvereins) hatten auch in diesem Jahre Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin die ehrfurchtsvollsten Glückwünsche zu Höchstderen Geburtsfest ausgesprochen. Darauf sind, wie wir den „Blättern des Badischen Frauenvereins" entnehmen, folgende gnädigste Handschreiben ergangen:

An das Centralkomité des Frauenvereins:

Das Centralkomité des Badischen Frauenvereins hat in ebenso beredter wie herzlicher Weise des gestrigen Tages gedacht und mich zu um so bewegterem Danke verpflichtet, je mehr ich mir bewußt bin, wie sehr die mir dargebrachten Gesinnungen in einer Anerkennung gipfeln, welche auf das richtige Maß zurückzuführen mir ein lebhaft empfundenes Bedürfniß ist; und so möchte ich denn meinem heutigen Danke vor Allem den Ausdruck der festen Zusicherung geben, daß die in dem Centralkomité zusammengefaßte Thätigkeit des Badischen Frauenvereins für mich die anregende, helfende und fördernde Kraft ist, welche mich so trostvolle Erfahrungen in meinem schönen und Gott-gegebenen Beruf erleben läßt. Sie werden wohl gern ermessen, wie herzlich daher der Dank ist, mit dem ich Ihre warmen Segenswünsche empfangen habe, Segenswünsche, deren schönste Erfüllung und Gewähr in der Gegenseitigkeit des Vertrauens und der Thätigkeit beruht. Sie haben in wohlthuender Mitempfindung der Erlebnisse des vergangenen Jahres in meiner Familie gedacht. Es ist mir auch bei diesem Anlaß wieder zu trostvoller Ueberzeugung geworden, wie durch Ihr und Zweigvereine Organe ein fortwährendes Miterleben und Mittheilnehmen in allen Kreisen unserer badischen Frauen mir in wohlthuender Weise nahe getreten ist. Sie sehen, daß es des Dankens viel ist, welches ich Ihnen heute in herzlich empfundener Weise ausspreche. Möge Gottes Segen Ihrer Aller vielgestaltige, mühevolle und arbeitsreiche Förderung des großen Vereinsgebietes auch ferner begleiten.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1886.

gez. Luise,
Großherzogin von Baden,
Prinzessin von Preußen.

An den Gesammtvorstand des Landes-Hilfsvereins:

Sie haben mich gestern mit dem Ausdruck einer so herzlichen Theilnahme an der Wiederkehr meines Geburtstages erfreut, daß ich meinen Dank dafür nicht herzlich genug Ihnen aussprechen kann; diesen Dank möchte ich aber zunächst und vor Allem auf die ersprießliche Thätigkeit richten, die, in Ihrer festen Organisation gegründet, trostreiche Gewähr für Gegenwart und Zukunft bietet. Unser Badischer Landes-Hilfsverein hat sich dank dem uneigennützigen Wirken seiner Mitglieder eine durch Erfahrung begründete überall mit Recht anerkannte, hervorragende Stellung unter den Vereinen vom Rothen Kreuze erworben. Der bevorstehende internationale Vereinstag des kommenden Herbstes gibt hierfür in der Wahl der hiesigen Stadt und des Landes ein hoch zu schätzendes Zeugniß. Es freut mich von Herzen, diesen erneuten Anlaß zu ergreifen, um dem Gesammtvorstand und dem in ihm vertretenen Männer-Hilfsverein meine dankbarste Anerkennung auszusprechen.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1886.

gez. Luise,
Großherzogin von Baden,
Prinzessin von Preußen.

□ (Das Schwurgericht) verhandelte gestern gegen den vormaligen, der Unterschlagung im Amte angeklagten Hauptkassierer Jakob Weniger aus Karlsruhe und die der Hehlerei angeschuldigte Elise Lang von Rinklingen. Den ersten Theil der Verhandlung füllte die Abhörung der Zeugen aus, worauf um 2 Uhr eine zweistündige Pause eintrat, nach welcher der Erste Staatsanwalt Fieser die Anklage entwickelte und die Vertheidiger der Angeklagten, Rechtsanwälte Dr. Schlesinger und Weill, die Plaidoyers hielten. Die Urtheilsverkündung erfolgte Nachts 11 Uhr. Von den Geschwornen wurden die Angeklagten ohne Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden und in Gemäßheit dieses Wahrspruchs Weniger zu 7 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust, Elise Lang zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt.

X **Baden**, 14. Dez. (Statistisches. — Witterung.) Nach einer dieser Tage veröffentlichten Statistik bringen die kostspieligen und prunkvollen Illuminationen und Sommerfeste am Konversationshaus der städtischen Kurtaxeerhebung eine sehr namhafte Nebeneinnahme, trotz des überaus wohlfeilen Preissatzes von 50 Pf. für die Tageskarte. Denn aus den sieben großen Festlichkeiten dieses Sommers floß, abgesehen von den Abonnements auf ein Jahr, einen Monat, eine Woche 2c., der Ertrag von 9163 Tageskarten mit 4581 M. 50 Pf. in die Stadtkasse, wovon nun die Hälfte an die Kurfondskasse abgeführt werden soll. An beiden Pfingsttagen wurden 2917 Tageskarten gelöst, am Haupttage des Schützenfestes, sowie am Geburtstag Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs je etwa 800, trotz zahlreicher Freikarten für die aktiven Schützen aus nah und fern; am 22. August, dem Tag des großen Preises von Baden-Baden, setzten die Billetstellen über 2200 Tageskarten ab, am Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin nahezu 1000. Diese Zahlen beweisen auf's neue, wie sehr das städtische Kurkomité dem Geschmack des fremden Publikums Rechnung zu tragen weiß. — Am vorgestrigen Sonntag herrschte ganz anormale Temperatur. Das Maximum betrug 12 Gr. C., der durchschnittliche Thermometerstand 9 Gr., das Barometermittel 735 mm. Die warme Witterung dauert fort.

☽ **Mannheim**, 16. Dez. (Das Schwurgericht) hat hier am 13. d. M. begonnen. Das lokale Interesse konzentrirt sich auf die gestrige Verhandlung gegen die „Badische Volkszeitung", deren Redakteur der Beleidigung des hiesigen Herrn Stadtdirektors durch die Presse beschuldigt war. Derselbe wurde zu einer Gefängnißstrafe von fünf Monaten verurtheilt, nachdem sich die in das Blatt aufgenommene Mittheilung als eine niedrige Verleumdung herausgestellt hatte. Der eigentliche Urheber des verleumderischen Gerüchts, der sozialdemokratische Agitator Willich, und ein Gesinnungsgenosse desselben waren schon in voriger Woche durch die Strafkammer verurtheilt worden. Damit hat eine unerhörte Verdächtigung eines Beamten, der sich hier der allgemeinsten Beliebtheit und der höchsten Achtung erfreut, ihren sachgemäßen Abschluß gefunden.

K. **Sandhausen**, 14. Dez. (Frauenverein.) Wie in so vielen anderen Gemeinden unseres Landes ist es dieser Tage auch hier gelungen, einen Frauenverein zu gründen, welchem vorläufig 28 Mitglieder beigetreten sind. Unter einer Fabrikbevölkerung, wie wir sie haben, ist demselben ein weites Feld seiner Thätigkeit eröffnet.

⊙ **Offenburg**, 15. Dez. (Handelsschule. — Bürgerausschuß. — Vortrag.) Der hiesigen Handelsschule wurde in Anerkennung ihrer seitherigen Leistungen seitens des Großh. Ministeriums des Innern ein für das laufende Wintersemester erbetener Zuschuß bewilligt. Es ist diese Thatsache für das weitere Gedeihen der Anstalt von nicht zu unterschätzendem Werthe. — In der heutigen Bürgerausschußsitzung wurde der von dem Gemeinderathe für die Einrichtung der Wasserleitung vorgeschlagene Ankauf der Armbruster'schen Mühle und der bezügliche Kaufvertrag mit dem Zusatze einstimmig genehmigt, daß derselbe erst vollgiltig sein solle, wenn nochmals unmittelbar aufzunehmende Pumpversuche hinsichtlich der Güte und Menge des Wassers befriedigend ausgefallen sein werden. — Der erste Vortrag zu Gunsten des evangel. Pfarrhausbau-Grundstocks war erfreulicherweise recht gut besucht. Für den Redner, Herrn Prof. Dr. Sohm, bot das Thema „Hochzeitsgebräuche einst und jetzt", das er mit großer Sicherheit beherrschte, ein höchst dankbares Feld, wie sich aus den Beifallsbezeugungen, die demselben zu Theil wurden, unschwer erkennen ließ.

Vom Bodensee, 14. Dez. (Der Cyklus der Wessenberg-Wintervorlesungen) wird am 17. Januar k. J. mit einem Vortrage des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Kiefer über „Friedrich der Große als Kronprinz" im Saale des obern Museums zu Konstanz eröffnet werden. Der zweite Vortrag des genannten Redners über „Friedrich der Große als Philosoph, Staatsmann und Feldherr" wird am 24. Januar dortselbst stattfinden. Am 31. Januar spricht sodann Herr Landgerichtsrath Dr. Eller über „Verbrecherthum im Lichte der Poesie". Am 26. Februar wird Herr Hofrath Dr. v. Holst, Professor in Freiburg i. B. einen Vortrag über „Paris nach dem Schrecken (1794—95)" halten, während am 7. März Herr Professor Dr. Rösiger über „Klopstock" und am 14. März Herr Prof. Dr. Kugler aus Tübingen über „Maria Stuart's Schuld und Unschuld" zu sprechen gedenkt. Am 19. März wird Herr Professor Dr. Oncken eine Vortrag über „Cavour" und am 28. März Herr Professor Dr. Maurenbrecher aus Leipzig einen Vortrag über „Moritz von Sachsen" abhalten.

Theater und Kunst.

* (Großh. Hoftheater.) Karl Maria v. Weber's hundertster Geburtstag wird von der Hofbühne in besonders pietätvoller Weise begangen werden. Am Samstag den 18. d. M. findet ein großes Weber-Konzert seitens des Großh. Hoforchesters statt, für Dienstag den 21. ist die eigentliche Festvorstellung anberaumt, die Weber's populärstes Werk, den „Freischütz", bringt. Die Parthie des Max wird an diesem Abend von Herrn Oberländer, die Agathe von Frau Reuß, der Oberförster von Herrn Plank, der Fürst von Herrn Hauser gesungen werden; die übrigen Gesangsparthien blieben in den Händen ihrer gewohnten Vertreter. Den wilden Jäger spielt Herr Wassermann, die beiden Jägerburschen die Herren Prasch und Wassermann. Ein Festprolog mit lebendem Bild von Direktor Haucke geht der Vorstellung voraus. Am 26. d. M. gelangt sodann der „Oberon", am 27. die „Preziosa" zur Aufführung.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 16. Dez. In der heutigen Sitzung der Reichstagskommission für die Militärvorlage brachte der Abg. v. Huene den Antrag ein, für drei Jahre 518 Bataillone statt 534 zu bewilligen; er erklärte, das Zentrum wolle außerdem die geforderte Vermehrung der Infanterie auf 534 Bataillone auf ein Jahr ausnahmsweise bewilligen. Abg. v. Stauffenberg beantragt ebenfalls 518 Bataillone zu bewilligen; außerdem sollen auf drei Jahre noch 15 Bataillone formirt und die Rekruteneinstellung auf den Januar verlegt werden bis zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Der Kriegsminister erklärt beide Anträge für unannehmbar; er spricht sich auf das Entschiedenste gegen die zweijährige Dienstzeit aus und hält an der Forderung der siebenjährigen Bewilligung fest.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zunächst die Abänderungsanträge abgelehnt, hierauf § 2 der Regierungsvorlage über die Formation der Armee vom 1. April 1887 ab mit 16 gegen 12 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Sodann machte die Kommission eine Pause, weil die Freisinnigen neue Anträge formuliren wollten. Nach der Wiederaufnahme der Berathungen wurden schließlich mit 16 gegen 12 Stimmen statt der im § 1 der Vorlage (Friedens-Präsenzstärke) geforderten 468,409 Mann nur 450,000 Mann, und zwar auf 3 Jahre, bewilligt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Freitag, 17. Dez. 141. Ab.-Vorst.: **„Das Nachtlager in Granada"**, romantische Oper in 2 Aufzügen, nach Friedrich Kind's gleichnamigem Schauspiel bearbeitet von Braun. Musik von Konradin Kreutzer. Anfang 1/2 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 11. Dez. Wilh. Ldw. Adolf, V.: Wilh. Streib, Sattler. — 12. Dez. Anna Pauline, V.: Stef. Rombach, Kleidermacher. — Karl Wilhelm, V.: Gust. Decker, Bierbrauer. — 13. Dez. Max, V.: Jak. Mühlum, Tapetendrucker. — Wilhelm, V.: Wilhelm Zehder, Friseur. — August Wilhelm, V.: Jer. Fritz, Lehrer.

Todesfälle. 15. Dez. Cäsar, 9 J., V.: † Knittel, Hofbuchhändler. — Luise, Ehefrau von Oberrechnungsrath a. D. v. Poetz, 68 J. — Anna, Wwe. von Hauptlehrer v. Schneider, 55 J. — 16. Dez. Gottlieb Martin, Ehemann, Mechaniker, 44 Jahre.

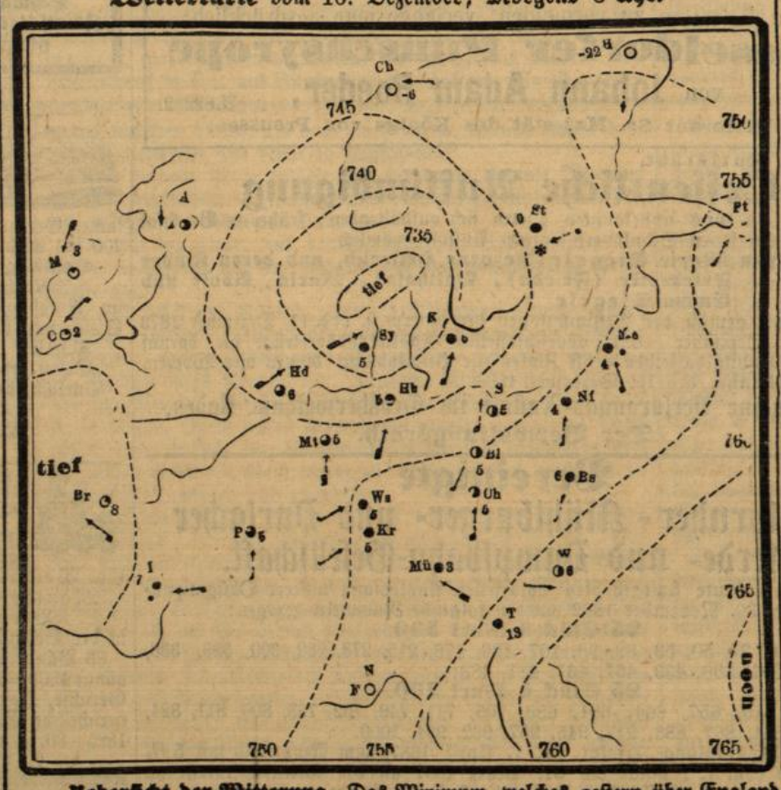
Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
15. Nachts 9 U.	743.5	+ 6.8	5.9	80	SW 2	bedeckt
16. Mrgs. 7 U. [1])	740.8	+ 5.6	5.5	82	E 0	„
16. Mittgs. 2 U. [2])	736.9	+ 5.8	6.3	91	NE 0	„

[1]) Regen = 13.8 mm der letzten 24 Stunden. [2]) Regen.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 16. Dez., Mrgs. 4.39 m, gefallen 22 cm.

Wetterkarte vom 16. Dezember, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das Minimum, welches gestern über England lag, ist mit zunehmender Tiefe nach der jütischen Küste fortgeschritten und veranlaßt an der deutschen Nordseeküste Südweststurm und im westdeutschen Binnenlande auffrischende südliche Winde. Ein neues Minimum liegt vor dem Kanal. Das Wetter ist über Deutschland veränderlich und andauernd warm, fast allenthalben ist Regen gefallen. Die oberen Wolken ziehen über Deutschland überall aus Südwest. In Nordeuropa hat der Frost weiter zugenommen, Haparanda meldet —22 Grad. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 16. Dezember 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	105.90	Staatsbahn	202 7/8
4% Preuß. Cons.	105.55	Lombarden	84 1/2
4% Baden in fl.	103.50	Galizier	157.—
4% „ in M.	104.75	Elbthal	134 7/8
Oester. Goldrente	91.—	Mecklenburger	162.80
„ Silberr.	67.35	Hess. Ludwigsbahn	—.—
4% Ungar. Goldr.	83.70	Lübeck-BüchenOb.	161.90
1877r Russen	96.—	Gotthard	97.40
1880r „	82.70	**Wechsel und Sorten.**	
II. Orientanleihe	56.90	Wechsel a. Amst.	168.17
Italiener compt.	99.60	„ „ Lond.	20.37
Egypter	75.90	„ „ Paris	80.25
Spanier	67.60	„ „ Wien	161.60
5% Serben	79.40	Napoleonsd'or	16.10
Banken.		Privatdisconto	4
Kreditaktien	236 1/2	Bad. Zuckerfabrik	82.—
Disconto-Commandit	213.10	Alkali Wester.	—.—
Basler Bankver.	173.30	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	142.10	Kreditaktien	236 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	79.40	Staatsbahn	202 5/8
		Lombarden	84 5/8
		Tendenz: matt.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	475.—	Kreditaktien	293.60
„ Staatsbahn	403.—	Marknoten	61.70
Lombarden	171.50	Tendenz: matt.	
Disco.-Comman.	212.60	**Paris.**	
Laurahütte	80.90	4 1/2 % Rente	110.22
Dortmunder	62.—	Spanier	68 5/8
Marienburger	86.90	Egypter	382
Mecklenburger	—.—	Ottomane	534
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

Todesanzeige.

B.728. Karlsruhe. Gestern Abend 6 Uhr entschlief im Alter von 9 Jahren nach kurzem schwerem Leiden unser innigst geliebter Sohn und Bruder

Cäsar Knittel.

Um stille Theilnahme bitten,
Karlsruhe, 16. Dez. 1886,
die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Marie Knittel.
Richard Knittel.
Hedwig Knittel.
Albert Knittel.
Paul Knittel.

Die Beerdigung findet Freitag den 17. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Karl-Friedrichstraße 14, aus statt.

A.952.2. Soeben erschien:

Festspiel
zum
300jährigen Jubiläum
des
Gymnasiums zu Karlsruhe
am
23. November 1886
gedichtet von
Rudolf Presber.

Preis 30 Pf., nach auswärts franco 33 Pf.
Karlsruhe, 11. Dezember 1886.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung,
Karl-Friedrichstraße Nr. 14.

A.924. In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe** ist zu haben:

Der Hundearzt und die
Dressur des Hundes
zu **Kunststücken** und zu **Haus-, Hof- und Jagddiensten.** Ferner die Behandlung und Heilung der **Hundekrankheiten.**

Ein nützliches Buch für Jagdfreunde. Von Franz Clater. Preis 1 M. 50 Pf.

Nützliche Rathschläge fürs Leben ertheilt das soeben erschienene Werk:

Quintessenz der
Lebensweisheit & Weltkunst.

Nach **Lord Chesterfields Briefen an seinen Sohn** bearbeitet von Dr. Karl Munding. Brosch. *M.* 3. 60. Eleg. geb. *M.* 5. — Verlag von Levy & Müller in Stuttgart.

Der Inhalt dieses Werkes ist weltberühmt. Ein Vater schreibt seinem Sohne Briefe der allerdiskretesten Natur. Der Sohn ist im Begriffe, in die große Welt einzutreten, die ihm eine glänzende Laufbahn verheißt. Der ihn zärtlich liebende Vater möchte ihm die Wege ebnen. Ein feiner, vollendeter Weltmann, der eine fast fünfzigjährige Erfahrung hinter sich hat, der immer mit offenen Augen, immer sonnenklar in die Welt hineingeschaut, ein Mann, der die Sonde des schärfsten Verstandes an die Menschen legte, spricht zu einem unerfahrenen Jüngling, um ihm diejenige Erkenntniß beizubringen, die wohl keinem erspart bleibt, welche aber die meisten in den Stürmen, Nöten und Bedrängnissen des Lebens mit ihrem Herzblut erkaufen müssen. Auch ein Virtuose der Lebenskunst wird noch aus dem Buche lernen. Jedenfalls ist es ein unübertrefflicher Führer durchs Leben, denn es ist ein herrlicher Schatz der feinsten Beobachtungen und Lebensmaximen darin niedergelegt.

Vorräthig in Karlsruhe in der Buchhandlung von *Th. Ulrici*, Kaiserstraße 157. A.999.

Zu Festgeschenken
empfehle meine garantirt reinen
Affenthaler-Weine
in vorzüglicher Qualität in Fäßchen wie in Flaschen preiswürdig.

G. Mittenmaier,
A.978.2. Großh. Hoflieferant, Bühl.

Commis-Gesuch.

B.706.2. Für ein größeres Eisenwaaren-Geschäft en gros & en detail im badischen Oberlande wird ein zuverlässiger **Commis** gesucht, der selbständiger Verkäufer und für Grob- und Klein-Eisen gründliche Kenntnisse hat. Eintritt gegen Ende Januar 1887.

Offertbriefe besorgt die Expedition dieses Blattes.

EQUITABLE
Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten Staaten in New-York.

A.760.2.

Errichtet 1859.
Concessionirt in **Preussen, Württemberg, Baden** etc.

Neues Geschäft in 1885: rund Mark 408,000,000.
(Das grösste Geschäft, welches von irgend einer Gesellschaft je erzielt worden ist.)

Geschäftsstand am 31. December 1885: Mark 1,518,687,545.
Totalfonds am 31. December 1885: M. 282,851,897, Gewinn-Reserve ultimo 1885 nach Berechnung der Verbindlichkeiten zum Zinsfusse von 4% M. 58,914,516.

Die Depôts und Grundeigenthum in Deutschland betragen zur Zeit zusammen ca. M. 6,483,000.

Besondere Vortheile:

Der ganze Gewinn wird von der zweiten jährlichen Prämienzahlung ab unter die Versicherten vertheilt.

Die **Tontinen-Versicherung** gewährt **ohne Prämienerhöhung** eine **Versorgung** der Familie im Falle früheren Todes des Versicherten und eine **Alters-Versicherung** bei Erreichung eines bestimmten Alters.

Da nach dem Tontinen-Sparfond-Plan ein Rückkauf der Police nicht stattfinden kann, so hat die Gesellschaft für Diejenigen, die etwa befürchten, einmal in die Lage zu kommen, ihre Prämienzahlungen nicht aufrecht erhalten zu können, den

Halb-Tontinen-Plan

eingeführt, der bei annähernd gleich günstigen Resultaten den Rückkauf nach dreijährigem Bestehen der Police gewährleistet.

Nach 3 Jahren vom Datum der Police ist dieselbe unanfechtbar.

Ansprüche für Todesfälle auf Policen, die 3 Jahre in Kraft sind, gelangen nach Einreichung der erforderlichen Beweis-Documente **bei der Direktion zu Hamburg sofort zur Auszahlung,** da die Gesellschaft für solche Policen von der contractlichen Frist von 2 Monaten Abstand nimmt.

Prospecte, Antragsformulare und nähere Auskunft bereitwilligst durch

Robert Otto sen. in Firma **Robert Otto & Co.,**
Subdirection für Württemberg, Baden u. Hohenzollern,
Stuttgart und **Kirchheim-Teck,**
Carl Theo. Herrmann, General-Agentur
für das Grossherzogthum Baden
in **Baden-Baden,** Langestr. 1.

A.908.

Kreuznacher Jugendschriften.

Sagen. Heroen. Griech. Heldens. v. J. C. Andrä. 3 M., ill. 5½ M. Walhall. German. Götter- und Heldens. von Felix u. Therese Dahn. 10 M. Sang u. Sage. Von Wilh. Osterwald. 2 M. Götter und Helden. Heroengeschichten. Oedipus u. s. Geschlecht. Nibelungen. Gudrun. Walther u. Hildeg. Rosengarten. Frithjofssage, diese alle von Ferd. Schmidt, je 1 M. Heldenfahrten. Von Gustav Schalk.

Geschichte. Deutsche Jugendbibliothek. Hrsg. v. Jul. Lohmeyer u. Ferd. Schmidt. 73 Bde. je 1 M.

Reisen. Von der Schulbank nach Afrika. Von R. K. Keil. 4 M. Quer durch China. Abent. e. sibir. Verbannten. Von R. K. Keil. 6 M. Deutsche Kaiserbilder v. Karl d. Gr. bis Maximilian I.

Biographieen. Von F. v. Köppen. 5 M. Simplizius Simplizissimus, der Jäger v. Soest. Bearb. von Richard Weitbrecht. 4 M.

Erzählungen.

Alle Preise f. gebundene Exempl. Ausführl. Verzeichnisse u. Auskunft jederzeit durch die Verlagsbuchhandlung
R. Voigtländer in **Kreuznach** und die
G. Braun'sche Hofbuchhandlung Karlsruhe.

Gartenmöbel
Blumentische
Kaschenschränke
Waschmangen

Eisenmöbel-Geschäft
Wilh. Wolf, Bühl i. B.

Bettstellen
Schlitten
Badewannen
Closets.
C.11.

Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich:
Düsseldorfer Punschsyrope
von **Johann Adam Roeder,** A.822.2.
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs von Preussen.

C.8 Karlsruhe.

Oeffentliche Aufkündigung.

Den an uns unbekannten Orten sich aufhaltenden, früher in Bruchsal wohnhaft gewesenen Schuldnern unserer Anstalt, nämlich

Frau Marie Siegele, geborne Hetterich, und deren Kinder Friederike (Frieda), Balthasar, Maria, Adolf und Emma Siegele

kündigen wir gemäß der Bestimmungen der unterm 9. und 11. Dezember 1873 bezw. 21. Dezember 1881 abgeschlossenen Faustpfandsverträge die darauf schuldigen Kapitaldarleihen nebst Zinsen zur Heimzahlung binnen vier Wochen.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1886.

Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogthum Baden.
Der Verwaltungsrath.

C.10.

Vereinigte Karlsruher-Mühlburger- und Durlacher Pferde- und Dampfbahn-Gesellschaft.

In der heute stattgehabten notariellen Ausloosung unserer Obligationsanleihe vom 30. November 1882 wurden folgende Nummern gezogen:

25 Stück à Mark 500.—

10, 16, 37, 50, 53, 82, 98, 107, 136, 176, 215, 273, 282, 300, 329, 338, 353, 384, 391, 398, 439, 457, 467, 481, 483;

25 Stück à Mark 200.—

502, 540, 657, 664, 681, 688, 705, 711, 749, 752, 793, 800, 811, 824, 854, 856, 861, 867, 883, 917, 945, 957, 962, 984, 1000.

Die Auszahlung erfolgt am 1. April 1887 zum Nennwerth mit 5% Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. März 1887 an der Gesellschaftskasse zu Karlsruhe, an der Kasse der Vereinsbank in Berlin gegen Einlieferung der gezogenen Obligationen nebst Talon und allen noch nicht verfallenen Coupons.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1886.

Die Direction:
Schmidt. Hoeck.

Die
Emmericher Waaren-Expedition,
Kaiserstrasse 124,
Karlsruhe,
empfiehlt
unter Garantie des Reingeschmacks

Proben von 1/5 Pfd.	China-Thee	Verkauf in Packeten von 1/2 und 1 Pfd. per Pfund
Nr. 176	**Extra fine Moning Congo**	4 M. 20 Pf.
„ 177	**Choicest New Seasons Souchon**	3 „ 90 „
„ 178	Finest Flowery Pecco (Blüthen) nur zum Mischen zu empfehlen	5 „ — „
„ 180	Superfine Soepoey Pecco (schwarz mit weiss)	2 „ 70 „
„ 181	**Finest Lapseng Souchon** (schwarz)	3 „ 30 „
„ 182	**Finest Souchon** (schwarz)	2 „ 80 „
„ 185	**Extra Kysow Congo** (schwarz)	2 „ 20 „
„ 186	Feinster Souchon-Grus	1 „ 80 „
„ 187	Extrafeine Ceylon-Thee	3 „ — „
	Melange-Thee	
„ 194	**Moning Congo-Melange**	4 M. 70 Pf.
„ 195	**New Seasons Souchon-Melange**	4 „ 40 „
„ 169	Feinste Pecco-Melange	3 „ 90 „
„ 170	**Lapseng Souchon-Melange**	3 „ 50 „
„ 171	Pecco-Melange	3 „ 20 „
„ 172	**Souchon-Melange**	2 „ 70 „
„ 173	**Extra Souchon-Melange**	2 „ 30 „
„ 175	**Congo-Melange**	2 „ 10 „

Unsere beliebtesten Sorten sind die mit stärkerer Schrift gedruckten.

Bourbon-Vanille.

Nr. 949 Feinste crystallisirte Bourbon-Vanille per Stange — M. 15 Pf.
NB. Bei 6 Stangen à 90 Pf. fügen wir einen luftdicht verschlossenen Glascylinder gratis bei. A.993.1.

Preis-Courant gratis und franco.

Ludwig Schweisgut
Gr. Bad. Hoflieferant.
Karlsruhe
31 Herrenstrasse 31
empfiehlt Freunden **stylvoller Pianinos** zwei, in der **Grossh. Landesgewerbehalle** ausgestellte **Muster-Instrumente** zur Ansicht, und zwar ein **Renaissance Pianino** in **Nussbaum** von ***Rud. Ibach Sohn*** und ein **Renaissance Pianino** in **Eichenholz** v. ***Ernst Rosenkranz, Dresden.*** A.984.2.

Carl Beck, Gaisbach
(Reichthal). B.617.4
Beste Bezugsquelle garant. reinen **Schwarzwälder Kirsch-, Zwetschgen-, Brombeergeist** in Flaschen und Gebinden.

B.696.2. Durlach.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagd des Distrikts II der Durlacher Gemarkung (Füllbruch u. s. w., 700 ha) wird

Samstag den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr,

im Rathhause im Wege öffentlicher Steigerung verpachtet.

Anschlag . . . . . 700 *M.*
Gebot (ohne die Nachgebote) 405 *M.*

Durlach, den 13. Dezember 1886.
Gemeinderath.
H. Steinmetz.
vdt. Siegrist.

B.727. Lörrach.

Versteigerung.

Aus dem Nachlasse des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Ed. Weckerle hier werden am

Montag dem 20. Dezember, Vormittags 9 Uhr,

in der Behausung des Verstorbenen:

83 Bände Regierungsblätter, Jahrgänge 1803—86, Annalen der badischen Gerichte, Jahrg. 1833—86, Oberhofgerichtliche Entscheidungen, Jahrgänge 1825—30, geg. Baarzahlung versteigert.

C. Britsch, Waisenrichter.

Bürgerliche Rechtspflege.
Konkursverfahren.

B.720. Nr. 18,396. Billingen. Gr. Amtsgericht Billingen hat unterm Heutigen beschlossen: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Restaurateurs Karl Trippel von Nordstetten wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Billingen, den 13. Dezember 1886.
Die Gerichtsschreiberei des Großh. bad. Amtsgerichts.
Huber.

Vermögensabsonderungen.

C.3. Nr. 12,181. Karlsruhe. Durch Urtheil Gr. Landgerichts vom Heutigen wurde die Ehefrau des Kaufmanns Heinrich Zabler, Rosa, geb. Niederbühl in Mingolsheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1886.
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:
Elsasser.

Strafrechtspflege.
Ladung.

A.997.1. Nr. 8790. Adelsheim. Der 26 Jahre alte Friedrich Gottlieb Bender, lediger Schmied von Unterschefflenz, zuletzt wohnhaft in Großeicholzheim, wird beschuldigt, als beurlaubter Reservist ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein,

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierselbst auf

Freitag den 18. Februar 1887, Vormittags 9 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht zu Adelsheim zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Landwehrbezirks-Kommando zu Mosbach ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Adelsheim, den 11. Dezember 1886.
Großh. bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber:
J. Becherer.

Verm. Bekanntmachungen.

C.14. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit sofortiger Wirkung wird die Station Orschweier (Bad. Bahn) in den Ausnahmetarif für Petroleum und Naphta, und zwar für den Verkehr nach und von Mannheim mit einem Frachtsatze von 0,89 *M.* pro 100 kg und für den Verkehr nach und von Ludwigshafen a. Rh. mit einem Frachtsatze von 0,95 *M.* pro 100 kg aufgenommen.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1886.
General-Direktion.

C.9. Nr. 14,965. Waldkirch.

Bekanntmachung.

Die Stellung der 1885er Gemeinderechnung von Waldkirch betr.

Die Stellung der Rechnung der Stadtgemeinde Waldkirch pro 1885 soll gegen **gute** Honorirung unter der Bedingung **unverzüglicher** Inangriffnahme einem Rechnungssteller übertragen werden, der sich durch ein bezirksamtliches Zeugniß über seine Leistungsfähigkeit auszuweisen vermag. Bewerber haben ihr Gesuch unverzüglich einzureichen.

Waldkirch, den 13. Dezember 1886.
Großh. bad. Bezirksamt.
O. Beck.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.